



**Paul Schäfer**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Paul Schäfer, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Herrn  
Ludwig Baumann  
Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V.  
Aumunder Flur 3A  
28757 Bremen

Berlin, 09.02.2012  
Bezug: Ihr Schreiben vom 31. 1. 12

**Paul Schäfer, MdB**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-030 227 74180  
Fax: +49 30 227-030 227 76180  
paul.schaefer@bundestag.de

**Wahlkreisbüro Bonn:**  
Vorgebirgsstr. 24  
53111 Bonn  
Telefon: +49 0228 -18468904  
Fax: +49 0228-18468905  
paul.schaefer@wk.bundestag.de

Obmann im Verteidigungsausschuss

Verteidigungspolitischer Sprecher der  
Fraktion DIE LINKE

Sehr geehrter Herr Baumann,

vielen Dank für Ihr Schreiben, das Gregor Gysi an mich, den verteidigungspolitischen Sprecher der Fraktion DIE LINKE, weitergeleitet hat. In der Tat ist das Vorhaben der Bundesregierung, einen gesonderten Gerichtsstand für die Angehörigen der Bundeswehr im Ausland zu schaffen, äußerst kritisch zu bewerten. Leider scheint diese Idee an Momentum zu gewinnen. Die jetzige Regierungskoalition wird höchstwahrscheinlich am 28. März 2012 über einen entsprechenden Gesetzentwurf beraten. Danach wird sich der Bundestag mit dem Gesetzentwurf auseinandersetzen müssen.

Ich kann Ihnen versichern, dass DIE LINKE dafür streiten wird, diesen Gesetzentwurf abzulehnen. Im Sinne eines ordentlichen Ermittlungs- und Strafverfahrens ist es unserer Auffassung nach nicht notwendig, an dem bisherigen Verfahren etwas zu ändern. Bereits 2009, als sowohl die FDP als auch die damalige Regierungskoalition erstmals öffentlich über einen neuen Gerichtsstand gesprochen haben, habe ich das Verteidigungsministerium um Auskunft über die bisherigen Erfahrungen mit den Ermittlungen und Strafverfahren gebeten. Unter dem Strich kam damals heraus: Es gibt keine Hinweise auf unüblich länger dauernde Verfahren oder darauf, dass die bislang dafür zuständigen verschiedenen Staatsanwaltschaften mit der Aufgabe überfordert wären.

Die Bundesregierung hält aber trotzdem an der Schaffung eines neuen Gerichtsstandes fest. Das heißt für mich, dass es ihr um mehr als um gefährliche Symbolpolitik geht. Damit wird an die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr und an die Öffentlichkeit das Signal gesendet, dass die Bundeswehr juristisch einen Sonderstatus innehat und dass an das Verhalten bei



Auslandseinsätzen andere Maßstäbe anzulegen sind als im Inland.  
Das halte ich für grundfalsch.

Bei den Obleuten habe ich darauf hingewirkt, dass der  
Gesetzentwurf demnächst im Verteidigungsausschuss auf die  
Tagesordnung gesetzt wird. Ich hoffe, dass bis dahin ihr Appell von  
den anderen Fraktionen zur Kenntnis genommen worden ist und  
auch zu einem Umdenken geführt hat.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, which appears to read 'P. Schäfer'. The signature is fluid and cursive, with a long horizontal stroke extending to the right.

Paul Schäfer